

Rheinland-Pfalz:

Ein Vorbild für Humanität oder Pragmatismus?

*„Runde Tische sind eine Erfindung,
um am Ende ungefähr da anzukommen,
wo gestartet wurde“*

Mit der Abschiebehaftanstalt Ingelheim wollte die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz ihre Geflüchtetenpolitik humaner gestalten. Ob ihr das gelungen ist – und ob Abschiebung und Humanität sich überhaupt vertragen – das steht auf einem anderen Blatt. Von Bernd Drüke.

Die *Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige* (GfA) wie das Gefängnis Rheinland-Pfalz offiziell euphemistisch heißt, hat im Jahr 2001 ihre Vorgängeranstalt in Zweibrücken abgelöst und wurde in der Bauweise eines Hochsicherheitsgefängnisses errichtet: Fünf Meter hohe Mauern – gekrönt von Nato-Stacheldraht – vermittelten nach außen den Eindruck, dort säßen Menschen ein, die sich schwerster Verbrechen schuldig gemacht haben.

chon seit Beginn der Bauphase gab es zahlreiche und vielfältige Proteste, die immer wieder auf die Situation der Geflüchteten aufmerksam machten. Demonstrationen, Kundgebungen und Agitprop-Aktionen rückten die Abschiebungshaft immer wieder in den öffentlichen Fokus. Die Grünen sahen sich stets als Teil dieser Bewegung und machten daher die Schließung der Abschiebungshaftanstalt Ingelheim zu einem der Themen ihres Landtagswahlkampfes. Als nach der rot-grünen Regierungsbildung schließlich die grüne Integrationsministerin Irene Alt verkündete, bis Mitte 2012 solle sich die humanitär nicht tragbare Situation

ändern, hofften viele, dass die Haftanstalt Ingelheim bald Geschichte sein würde.

Der runde Tisch Ingelheim

Ein runder Tisch Ingelheim sollte gemäß Koalitionsvertrag „alle im Zusammenhang mit Abschiebungshaft stehenden Fragen diskutieren“. Mit großem Presserummel wurde also ein Gremium eingerichtet, an dem neben dem Integrationsministerium auch Kirchen, Wohlfahrtsverbände, NGOs, der Landkreis- und Städtetag sowie das Ministerium für Arbeit und Soziales teilnahmen. Als Zweck des runden Tisches wurde formuliert, „die Flüchtlingspolitik am Ziel der Humanität neu auszurichten. [...] Unser oberstes Ziel ist es, Abschiebungshaft abzuschaffen.“ Und auch Ministerin Alt verkündete 2011 im Rahmen des runden Tisches die Schließung der Ingelheimer Einrichtung. Allerdings wurde dieses Vorhaben, unter anderem nach Protesten der Belegschaft beim damaligen Ministerpräsidenten Kurt Beck, wieder zurückgenommen.

Das Ergebnis der Arbeit des runden Tisches fasst die Ministerin Anfang 2012 dann so zusammen: „Nach der Prüfung verschiedener Alternativen wird Abschiebungshaft auch in Zukunft in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige Ingelheim vollzogen, wobei diese so weit wie möglich zurückgebaut werden soll. Dabei gilt der Grundsatz: ‚So viel Freiheit wie möglich, soviel Sicherheit wie nötig‘. Vieles haben wir bereits umgesetzt, jetzt werden wir die vergitterten Fenster durch ausbruchssichere, unvergitterte ersetzen, die Zellentüren werden normalen Türen weichen, der Nato-Stacheldraht kommt weg und die hohe Mauer wird in Teilen zurückgebaut. [...] Eine Neuorientierung der Abschiebungshaft ist auch deswegen erforderlich, weil die Haftanstalt angesichts der drastisch sinkenden Haftzahlen völlig überdimensioniert ist.“

Die Abschiebungshaft wurde also nicht abgeschafft, die Haftbedingungen aber geringfügig gemildert. Die Besuchszeiten wurden erweitert und die Beratungsangebote verbessert. Vor allem aber wurde die Bewegungsfreiheit innerhalb der GfA deutlich vergrößert: Das bedeutete freien Zugang zu den Hofflächen während der Tageslichtzeiten, selbstbestimmtes Öffnen und Schließen der Zimmertüren zwischen 7 Uhr und 22 Uhr. Die Flure und Zellen

wurden neu und damit ansprechender gestaltet, neue Andachtsräume wurden gebaut. Hinzu kamen des Weiteren die Erlaubnis der Nutzung von Handys ohne Kamerafunktion und ein breiteres Freizeitangebot. Ein Landesbeirat, in dem Politik, NGOs und Kirchen vertreten sind, sollte den Vollzug begleiten und für die Häftlinge ansprechbar sein. „Abschiebehaft ist keine Straf-, sondern eine Verwaltungshaft, die dem begangenen Delikt – meist wurde versucht, der Abschiebung zu entgehen – nicht angemessen ist. Dem wollen wir Rechnung tragen mit unserem neuen, stark humanitär

Doch schaffen Schmetterlinge auf Mauern es, dass Menschen sich besser fühlen?

geprägten Konzept für die Abschiebehaft in Rheinland-Pfalz“, betonte Irene Alt.

„Humane“ Haft

Dies waren immerhin einige Verbesserungen für die Gefangenen. Allerdings nur vorübergehend – denn bereits 2017 wurden zahlreiche der durchgeführten Änderungen wieder zurückgenommen. Der Besitz privater Mobiltelefone, die Verbesserungen bei Umschluss und Hofgang wurden rückgängig gemacht und sogar der zunächst entfernte Stacheldraht auf den Dächern der Verwaltung wurde wieder angebracht. Der runde Tisch Ingelheim war damit rückblickend ein Gremium, das lediglich ein paar angemalte Wände, schönere Zellentüren und einen Gebetsraum beschließen durfte. Doch schaffen Schmetterlinge auf Mauern es, dass Menschen, die vor der Abschiebung in Flucht auslösende, lebensbedrohliche Bedingungen stehen, sich besser fühlen? Humanität und Abschiebungshaft vertragen sich letztlich nicht.

Von den „humanen Bedingungen“ durften dann in den Folgejahren zunehmend mehr Menschen „profitieren.“ Befanden sich über das Jahr 2012 insgesamt 175 Menschen in der Ingelheimer Abschiebungshaft, erhöhte sich 2017 und 2018 die Zahl auf jeweils über 500 Gefangene und erreichte damit den höchsten Stand seit Eröffnung. Inhaftiert werden in Ingelheim Geflüchtete aus dem am Gefängnis beteiligten Saarland, aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg sowie von der Bundespolizei an der Grenze aufgegriffene Menschen. Über die Hälfte der Inhaftierten sind aktuell aus Rheinland-Pfalz, insbesondere Dublin-Fälle. Für das Bundesland



Vorbild für Humanität?

Der Frauenflur der Abschiebehaftanstalt vor (Bild oben links) und nach (Bild unten) der „humanitären“ Umgestaltung. Den Salat im Gemüsegarten können die Inhaftierten selbst ernten, wenn sie lange genug da sind



bedeutet dies einen Anstieg der Haftzahlen um ein Vielfaches.

Wie in allen Abschiebungshaftanstalten erfolgt die Inhaftierung auch in Ingelheim in vielen Fällen unrechtmäßig. In den Jahren 2011 bis 2017 wurden 376 Insass*innen der GfA Ingelheim durch die Rechtshilfe des ökumenischen Projekts Ingelheim vertreten, von denen circa 50 Prozent freigelassen werden mussten. Selbst nach geltendem Recht wurden in diesem Zeitraum also mindestens 180 Menschen zu Unrecht eingesperrt.

Abschiebemeister 2018

Doch nicht nur die Situation in der Abschiebehaft, auch die allgemeine Rückführungspraxis in Rheinland-Pfalz entwickelt sich restriktiv. Insgesamt 1.197 ausreisepflichtige Personen sind in den ersten neun Monaten 2018 aus Rheinland-Pfalz abgeschoben worden – womit die Zahl der Abschiebungen im vierten Jahr in Folge ansteigen wird. Nach Angaben der Bundesregierung belegt Rheinland-Pfalz im „Abschiebe-Ländervergleich“, also dem Verhältnis von Abschiebungen zur Aufnahmequote eines Bundeslandes, mittlerweile den absoluten Spitzenplatz. Zugleich sind von Januar bis September 2018 insgesamt nur 1.026 ausreisepflichtige Personen „freiwillig“ ausgereist – die Zahl der „freiwilligen Ausreisen“ wird also im vierten Jahr in Folge zurückgehen.

Bernd Drüke
*ist seit 30 Jahren in
der Flüchtlingsarbeit
aktiv und durfte für
den AK Asyl RLP am
runden Tisch
Ingelheim teil-
nehmen*

Diese Zahlen machen deutlich, wie groß die Kluft zwischen dem Anspruch der Landesregierung auf eine humanitäre Flüchtlingspolitik und der Wirklichkeit in Rheinland-Pfalz mittlerweile ist. Der von den Regierungsparteien noch 2016 in ihrem Koalitionsvertrag festgeschriebene Vorrang der „freiwilligen Ausreise“ vor der Abschiebung spielt in der Vollzugspraxis offenbar keine Rolle mehr. Wie „human“ diese „freiwillige Ausreise“ am Ende wirklich ist, steht allerdings auf einem anderen Blatt.<